



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

THINK TANKS IN POLEN

- | | |
|---|---|
| ■ ANALYSE | |
| Think Tanks für die polnische Außenpolitik
Monika Sus, Breslau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN | |
| Informationen und Statistiken zu polnischen Think Tanks | 6 |
| <hr/> | |
| ■ CHRONIK | |
| Vom 20. Oktober bis zum 02. November 2009 | 9 |

Die Herausgeber danken dem Stiferverband für die Deutsche Wissenschaft für seine Unterstützung.

Analyse

Think Tanks für die polnische Außenpolitik

Monika Sus, Breslau

Zusammenfassung

Die Analyse setzt sich mit der Tätigkeit der politikberatenden Institutionen, der sogenannten Think Tanks, auseinander, die auf dem Feld der polnischen Außenpolitik agieren. Nach einer Skizze der Entwicklung der »Denkfabriken« in Polen werden Strukturen, Arbeitsmethoden und Finanzierungsquellen ausgewählter Think Tanks charakterisiert und daraus Erkenntnisse über die polnische Beratungslandschaft gewonnen. Die Analyse schließen Vorschläge für eine Dynamisierung der außenpolitischen Beratungslandschaft ab.

Die folgende Analyse konzentriert sich auf eine besondere Art von Beratung, und zwar die wissenschaftliche Beratung durch Forschungsinstitute, sog. Think Tanks, auch als »Denkfabriken« oder »Ideenagenturen« bezeichnet. Der Terminus entstand Ende des Zweiten Weltkriegs in den USA und bedeutete ursprünglich einen abgesicherten Ort (*tank*), wo Experten über strategische Probleme diskutieren konnten (*think*). Zurzeit wird als Think Tank eine politikberatende Institution bezeichnet, die Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen will, sich auf wissenschaftliche Erkenntnisse stützt und in der Regel über einen eigenen Forschungsapparat verfügt.

Derzeit gibt es weltweit über 5.000 Beratungsinstitute, die sich primär mit Wirtschaftspolitik sowie mit außen- und sicherheitspolitischen Fragen beschäftigen. Mit über 1.770 befinden sich die meisten Think Tanks in den Vereinigten Staaten, wo die Praxis der Politikberatung ihre Wurzeln hat. In Europa sind die meisten dieser Institute in Großbritannien und Deutschland zu finden, jeweils über 200. Think Tanks sind ein Zeichen für die Professionalisierung der Politik

Polen und andere mittel- und osteuropäische Länder liegen weit hinten, was die Anzahl sowie das wissenschaftliche und das politische Interesse an den Think Tanks angeht, da dort die ersten bedeutenden Institute erst nach der Wende 1989 gegründet wurden. Zutreffend scheint die These des Politikwissenschaftlers Ivan Krastev zu sein: »In post-communist societies, a think tank is something everybody hears about but nobody studies; the most of the new policy research institutes are better known in Washington and Brussels than in their own countries.«

Angesichts dieser Lücke ist es das Ziel dieses Artikels, einen Einblick in die Beratungslandschaft der polnischen Außenpolitik zu liefern. Nach der Skizzierung der Entwicklung der polnischen Think Tanks wird die aktuelle Situation der Beratungsszene dargestellt. Es werden Arbeitsbereiche, Finanzierungsquellen sowie Metho-

den der wichtigsten Denkfabriken umrissen und dann die wesentlichen Probleme der Beratungslandschaft benannt. Abschließend werden Vorschläge formuliert, die zur weiteren Entwicklung der polnischen Beratungslandschaft beitragen können.

Geschichte der Think Tanks in Polen

Die ersten Vorläufer der heutigen polnischen Think Tanks entstanden vor dem Zweiten Weltkrieg. Seit 1926 arbeitete in Warschau das Ost-Institut (Instytut Wschodni), eine der ersten Einrichtungen weltweit, die sich mit der Sowjetunion beschäftigten. 1930 wurde an der Stefan Batory Universität in Wilna das Forschungsinstitut für Osteuropa (Instytut Europy Wschodniej) gegründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes kann man kaum von einer unabhängigen Beratung sprechen, weil die Außenpolitik damals im Wesentlichen Fassade war. Trotzdem wurden in dieser Zeit zwei Forschungseinrichtungen gegründet, die bis heute in transformierter Form tätig sind. 1945 ist in Posen das West-Institut (Instytut Zachodni) und zwei Jahre später in Warschau das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych) entstanden. Beide Einrichtungen unterlagen klaren Grenzen, was ihre Forschungsschwerpunkte und Einflussnahme anbelangt, trotzdem kamen von ihnen wertvolle Beiträge zur Analyse der polnischen Außenpolitik.

Kurz vor der Wende 1989 wurde von dem amerikanischen Investmentbanker George Soros und einigen Oppositionellen der Solidarność-Bewegung die erste unabhängige Stiftung, die Stefan Batory Stiftung (Fundacja Stefana Batorego), ins Leben gerufen. Diese ist kein klassischer Think Tank, sie ermöglicht aber durch Zuschüsse die Arbeit von politikberatenden Instituten und erfüllt eine Netzwerkfunktion.

Das Jahr 1989 war nicht nur für die Entwicklung der polnischen Außenpolitik markant, sondern auch für

die Beratungsstrukturen und deren beginnende Ausdifferenzierung. Bis zum Jahr 2000 entstanden insgesamt zwölf neue außenpolitische Denkfabriken. Im Oktober 1989 rief das Präsidium des polnischen Parlaments das Zentrum für Internationale Studien (Ośrodek Studiów Międzynarodowych) ins Leben. Ein Jahr später entstand die Stiftung Polen in Europa (Fundacja Polska w Europie), die die Tradition des Gesprächskreises Polen in Europa (Polska w Europie) fortsetzte, der 1985 von Bronisław Geremek, Krzysztof Skubiszewski und Tadeusz Mazowiecki angeregt worden war. In dem selben Jahr wurde auch das Zentrum für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich) in Warschau gegründet – das erste Forschungsinstitut, das einen klaren Beratungsauftrag von der polnischen Regierung erhalten hatte. 1991 schloss sich in Lublin das Ostmitteleuropa-Institut (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej) an, und es entstand die polnische Robert Schuman-Stiftung (Fundacja Roberta Schumana). Das Ziel der Stiftung war vorrangig, die polnische Gesellschaft auf die Mitgliedschaft in der EU vorzubereiten. 1993 wurden das Europäische Zentrum Natolin (Centrum Europejskie Natolin) und das Institut für Strategische Studien (Instytut Studiów Strategicznych) mit Sitz in Krakau gegründet. Im Jahre 1994 entstand in Warschau die Euroatlantische Gesellschaft (Stowarzyszenie Euroatlantyckie), die sich zum Ziel setzte, den polnischen Beitritt zur NATO zu fördern und die Sicherheitspolitik zu unterstützen. Ein Jahr später wurde das Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych) gegründet. Sein Forschungsprofil umfasst außenpolitische Fragen, die Sozialpolitik, Entwicklungspolitik und Migration sowie weitere gesellschaftliche Themen. 1995 wurde durch Janusz Reiter, 1990–1995 polnischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, das Zentrum für Internationale Beziehungen (Centrum Stosunków Międzynarodowych) initiiert. 1996 wurde auf Beschluss des Sejm das oben genannte Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten wiederbelebt, was im Jahr 1993 aufgrund finanzieller Probleme seine Tätigkeit eingestellt hatte. Die intensive Entwicklungsphase der Beratungslandschaft, die zwischen 1989 und 2000 festzustellen ist, schloss die Entstehung des Deutschland- und Nord-europa-Instituts (Instytut Niemiec i Europy Północnej) in Stettin ab.

Zwischen 2000 und 2004 entstand kein bedeutendes außenpolitisches Forschungsinstitut. Erst 2004 wurde in Warschau das Sobieski Institut (Instytut Sobieskiego) gegründet, das eine Vielfalt von Themen wie Wirtschaft, Steuerpolitik, moderne Technologien, Energiefragen sowie Außenpolitik bearbeitet. Im Sommer 2006

hat Paweł Świeboda, ehemaliger Mitarbeiter im Außenministerium und Berater des Präsidenten Aleksander Kwaśniewski, demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie (demosEUROPA – Centrum Strategii Europejskiej) ins Leben gerufen. Es ist der erste polnische Think Tank, der sich ausschließlich mit den strategischen Fragen der Europäischen Union beschäftigt.

Die Beratungslandschaft heute

Diese Liste von polnischen Think Tanks mag den Eindruck einer vielfältigen und blühenden Beratungslandschaft vermitteln. In der Realität ist aber ein Großteil der genannten Institute kaum bis gar nicht aktiv, existiert nicht mehr oder verlor seinen Beratungscharakter und beschäftigt sich ausschließlich mit Forschung. Deswegen kann man zurzeit nur von sechs aktiven außenpolitischen Think Tanks sprechen, die im Folgenden skizziert werden:

- staatlich finanzierte Institute – das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten, das Zentrum für Oststudien und das Europäische Zentrum Natolin;
- durch Stiftungsgelder, Zuschüsse und Spenden finanzierte Einrichtungen – Zentrum für Internationale Beziehungen, Institut für Öffentliche Angelegenheiten und demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie.

Das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten ist der größte staatlich finanzierte Think Tank in Polen. Auch nach der Wiederaufnahme seiner Tätigkeit blieb es Teil der staatlichen Administration unter der Aufsicht des Außenministeriums und des Ministerpräsidenten. Seine Aktivitäten, die in einem Gesetz vom 20. Dezember 1996 festgelegt wurden, reichen von wissenschaftlichen Recherchen zu internationalen Beziehungen und dem Verfassen von Analysen und Prognosen über Schulungen von Mitarbeitern im Auswärtigen Dienst und der Information der Bevölkerung über aktuelle außenpolitische Angelegenheiten bis zum Sammeln von relevanter Literatur und der Herausgabe von Publikationen. Der Umfang der Aufgaben würde eine entsprechende Mitarbeiterzahl verlangen, die jedoch relativ gering ist. Insgesamt beschäftigt das Institut 80 Mitarbeiter, von denen aber nur 30 wissenschaftliche Experten sind. Die meisten Mitarbeiter erfüllen eher organisatorische Aufgaben, redigieren und veröffentlichen insgesamt acht Zeitschriften und ca. 20 Bücher jährlich, organisieren zahlreiche öffentliche Konferenzen und Vorträge sowie das seit 2001 jährlich stattfindende »Forum der Außenpolitik«, wo Entscheidungsträger strategische Probleme der polnischen Außenpolitik diskutieren. Die

wissenschaftlichen Experten stellen ihre Forschungsergebnisse vor allem in kurzen Bulletins vor und erstellen vertrauliche Expertisen für die Ministerien, deren Zahl jedoch gering bleibt – 2008 wurden 19 solcher Analysen verfasst. Der Gesamtetat des Instituts belief sich in den letzten zwei Jahren auf jeweils neun Millionen Zloty.

Das Zentrum für Oststudien beschäftigt sich vor allem mit der Analyse des aktuellen politischen Geschehens in Russland, im Südkaukasus, in Mittel- und Osteuropa und auf dem Balkan sowie mit der polnischen Außenpolitik gegenüber diesen Regionen. Unlängst wurde auch eine Deutschlandabteilung eingerichtet. Anders als im Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten bleibt der Großteil der Arbeit des Zentrums im vertraulichen Rahmen – seine insgesamt 54 Experten konzentrieren sich vor allem auf die Beratung hinter verschlossenen Türen. Auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter und umfassender Recherchen werden Ideen und Szenarien entwickelt, die Politikern helfen sollen, außenpolitische Entscheidungen zu treffen. Das Zentrum ist in der Öffentlichkeit weniger bekannt, wird aber von der Politik geschätzt und als professionell, unabhängig und solide beurteilt. Die Finanzierung seiner Tätigkeit in Höhe von jährlich sechs Millionen Zloty erfolgt durch das Wirtschaftsministerium.

Für das Europäische Zentrum Natolin ist die Beratungstätigkeit eine von mehreren Aufgaben, u. a. neben der Entwicklung des Europakollegs. Die analytische und beratende Tätigkeit des Zentrums wird von acht Experten betrieben, die sich mit der Geschichte Europas, den Institutionen und der Politik der EU, mit Fragen der Sicherheit im 21. Jahrhundert sowie mit der europäischen Nachbarschaftspolitik beschäftigen. Das Zentrum arbeitet eng mit dem polnischen Außenministerium und dem Büro des Komitees für Europäische Integration zusammen, die auch einen großen Teil der Projekte des Zentrums finanzieren. Das Europäische Zentrum wird insbesondere mit dem bekannten Experten Marek Cichocki assoziiert, der 2007 der offizielle Beauftragte des polnischen Präsidenten (Sherpa) für die Verhandlungen mit der deutschen Ratspräsidentschaft über die Berliner Erklärung und den EU-Verfassungsvertrag war.

Unter den privat finanzierten Einrichtungen ist das Zentrum für Internationale Beziehungen eine der am meisten beachteten Denkfabriken. Am Anfang seiner Tätigkeit war es Teil des Instituts für Öffentliche Angelegenheiten und wurde 1998 dank der finanziellen Unterstützung der Stefan Batory Stiftung als separate Nichtregierungsorganisation registriert. Das Zentrum führt seine Recherche in sechs Programmen – Europa, internationale Sicherheit, Migrationen und innere Sicherheit,

Menschenrechte, Klima und Energie und dem »Ostprogramm« – durch. Insgesamt arbeiten dort 16 festgestellte Analytiker, was sich angesichts des breiten Themenspektrums als nicht ausreichend erweist. Deswegen stützt sich das Zentrum auf die Kompetenzen externer Wissenschaftler und ehemaliger Diplomaten und erweitert dadurch seine Expertise. Die Einrichtung setzt vor allem öffentlich wirksame Methoden wie Konferenzen und Vorträge sowie Veröffentlichungen von Berichten und Büchern ein. Seltener bietet das Zentrum Angebote für einen geschlossenen Kreis von Entscheidungsträgern an. Finanziert wird es zu ca. 85 % von ausländischen – vor allem amerikanischen und deutschen – Stiftungen und Trägern; die restlichen 15 % werden aus staatlichen und privaten Geldern aus Polen bestritten.

Für das Institut für Öffentliche Angelegenheiten sind außenpolitische Fragen einer von mehreren Forschungsbereichen und in zwei Programmen angesiedelt, dem Europäischen Programm und dem Programm für Migrationen und Ostpolitik. Trotz der begrenzten Zahl von Experten – mit europäischen Themen beschäftigen sich vier und mit der Migrationsproblematik fünf Mitarbeiter – realisiert das Institut dank der Zusammenarbeit mit anderen, auch ausländischen Think Tanks und Universitäten viele einflussreiche Projekte. Beispielsweise laufen derzeit verschiedene Initiativen, die die Vorbereitungen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft 2011 unterstützen sollen: Zurzeit wird eine Expertise verfasst, die sich mit den Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Administration und dem Dritten Sektor im Bereich der öffentlichen Debatte über die polnische Ratspräsidentschaft beschäftigt.

Im Gegensatz zu den zwei letztgenannten Think Tanks fokussiert das jüngste polnische Beratungsinstitut, demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie, auf die Europäische Union und die vor ihr stehenden Herausforderungen. Im Rahmen von drei Programmen – Institutionelle Reform der EU, Strategie des Wachstums und die EU in der globalen Ordnung – arbeiten insgesamt fünf festangestellte Experten und fünf weitere Berater. Die Forschungsergebnisse werden sowohl schriftlich als Kommentare als auch in Form von Präsentationen auf Konferenzen und in den Medien bekannt gegeben. Die langjährige Erfahrung von Paweł Świeboda, dem Vorstandsvorsitzenden des Zentrums, in der Politik und zahlreiche Kontakte zu Entscheidungsträgern nicht nur in Polen, sondern auch europaweit, ermöglichen dem Zentrum, prominente Referenten für seine Veranstaltungen zu gewinnen. Darüber hinaus ist Świeboda der einzige Vertreter der polnischen Beratungslandschaft, der Mitglied in der internationalen

Expertengruppe zur Gestaltung des Programms der polnischen EU-Ratspräsidentschaft ist.

Geringe Nachfrage, schwaches Angebot?

Diese skizzenhafte Darstellung der wichtigsten Think Tanks, die sich mit außenpolitischen Fragen beschäftigen, weist auf das begrenzte Angebot der polnischen Beratungslandschaft hin. Nur eins der sechs beschriebenen Institute, das Zentrum für Oststudien, beschäftigt eine angemessene Zahl von Experten, die nötig ist, um fundierte Analysen der polnischen Außenpolitik zu gewährleisten. Alle anderen Denkfabriken können aufgrund ihrer geringen Zahl von Spezialisten nur zu ausgewählten Themen recherchieren. Gleichzeitig aber fehlt es an Think Tanks, die sich mit spezielleren Forschungsbereichen wie zum Beispiel mit dem transatlantischen Verhältnis, dem Klimawandel oder sicherheitspolitischen Herausforderungen intensiver beschäftigen und eine fundierte Expertise liefern könnten. Beachtenswert ist darüber hinaus, dass alle relevanten Think Tanks ihren Sitz in Warschau haben. Wegen der Möglichkeit, direkten Zugang zu den Entscheidungsträgern zu haben, ist dies zum Teil verständlich. Gleichzeitig begrenzt die Konzentration aller Think Tanks in der Hauptstadt eine ihrer wesentlichen Funktionen – die Initiierung und Unterstützung der öffentlichen Debatte, was dazu führt, dass sie in der Gesellschaft wenig bekannt sind.

Wo liegen die wesentlichen Probleme der polnischen Beratungslandschaft? Die Mitarbeiter der Think Tanks klagen vor allem über eine sehr geringe Nachfrage nach Beratung seitens der Politik. Dies gilt als Grund dafür, warum die meisten Beratungsinstitute in Polen ihre Aufmerksamkeit der Gesellschaft als Zielgruppe ihrer Tätigkeit schenken und nicht den Entscheidungsträgern. Wie den skizzierten Arbeitsprofilen der Think Tanks zu entnehmen ist, setzen die meisten öffentlichkeitswirksamen Methoden wie Konferenzen, Seminare, Diskussionen oder Publikationen ein und versuchen, über die Öffentlichkeit Einfluss auf die Politik zu nehmen. Diese Tendenz ist insofern gefährlich, als manche Think Tanks allmählich Event-Agenturen zu ähneln beginnen und auf kontinuierliches und fundiertes Forschen verzichten, ohne das aber qualitativ gute Beratung nicht möglich ist. Die privat finanzierten Think Tanks haben ein zusätzliches Problem – sie sind finanziell oft komplett von ausländischen Stiftungen abhängig, die eine projektabhängige Förderung bieten. Die Folge dessen ist eine thematische Abhängigkeit – die Think Tanks beschäftigen sich mit Themen, die gerade von den Stiftungen gefördert werden. Das begrenzt wiederum die Möglich-

keit, auf aktuelle außenpolitischen Ereignisse zu reagieren, was aber auch zu den Aufgaben eines Think Tank gehört. Darüber hinaus können die privat finanzierten Denkfabriken den Experten keine langfristige Anstellung anbieten, da die Mitarbeiterstellen oft auch projektabhängig sind. Deswegen stellen sie oft Studenten oder junge Absolventen an, die noch keine Beratungserfahrung haben und den politischen Prozess nicht kennen. Dies spiegelt sich in der Qualität ihrer Expertise wider, die von den Entscheidungsträgern oft als gering bezeichnet wird. Und hier schließt sich der Kreis: Die Politiker behaupten, dass das Angebot der Think Tanks nicht ihren Bedürfnissen entspricht und deswegen sei ihre Nachfrage so gering.

Vorschläge zur weiteren Entwicklung der Beratungslandschaft

Angesichts der oben genannten Schwierigkeiten darf nicht vergessen werden, dass die polnische Beratungslandschaft im Vergleich zu westeuropäischen Ländern noch in den Anfängen steckt. Die Anzahl der Think Tanks ist gering, ihre Kontakte zur Politik begrenzt und trotzdem zeigen einige Beratungsakteure und ihre Arbeitsmethoden ein großes Entwicklungspotenzial. Um das Potenzial zu nutzen und den Aufschwung der Beratungslandschaft zu dynamisieren, wären folgende Maßnahmen zu überlegen.

An erster Stelle sollte das Bewusstsein der Politiker für die Möglichkeiten und Vorteile der Beratung gestärkt werden. Hier wären Initiativen wünschenswert, die Entscheidungsträger und Experten zusammenbrächten. Ein gelungenes Beispiel dafür ist die »Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Angelegenheiten«, die zwar eine eher historische Ausrichtung hat, aber trotzdem als Illustration für die Zusammenarbeit von Experten und Politiker dienen kann. Durchaus denkbar wäre die Entstehung mehrerer solcher Beratungsgremien zu aktuellen Herausforderungen der polnischen Außenpolitik. Sehr empfehlenswert wäre auch die Umsetzung der Idee der Regierungspartei *Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO)*, nach der die Parteien einen bestimmten Teil ihrer staatlichen Finanzierung für einen Expertenfonds ausgeben sollen. Dies könnte langfristig zur Entstehung von parteinahen Think Tanks führen, die es in Polen bisher nicht gibt. Notwendig wäre darüber hinaus eine bessere Verteilung der staatlichen Gelder, die für die außenpolitische Beratung ausgegeben werden. Im ersten Schritt wäre eine regelmäßige Evaluation der Arbeit von staatlich finanzierten Think Tanks einzuführen, die bisher nicht stattgefunden hat. Als nächstes würde sich empfehlen, ein langfristiges Modell der Unterstüt-



zung der privat finanzierten Beratungseinrichtungen zu entwickeln. Angebracht wäre hier eine Lösung, die die Grundfinanzierung sichern und dadurch eine bessere Ausgangslage für die Akquise der Projektgelder ermöglichen würde.

Parallel zu den Maßnahmen, die von der Politik einzuführen wären, gibt es auch Schritte, die von den polnischen Think Tanks unternommen werden können, um die Dynamik der Beratungslandschaft zu erhöhen. Angesichts der finanziellen Probleme vieler Think Tanks und der begrenzten Anzahl von gut qualifizierten Experten wäre eine Einengung des Forschungsfeldes zu überlegen. Ein gelungenes Beispiel dafür, dass man durch Konzentration auf bestimmte Themen eine höhere Qualität der Beratung und damit auch größeren Einfluss auf die Entscheidungsträger erreichen kann, ist demosEUROPA oder das Zentrum für Oststudien. Die polnische Beratungslandschaft bietet noch viele Forschungsnischen, die von innovativen Think Tanks besetzt werden können.

Darüber hinaus wäre eine bessere Anpassung der Beratungsmethoden an die jeweiligen Adressaten zu erwägen. Die große Mehrheit der polnischen Think Tanks nutzt vor allem klassische Methoden der Wissensvermittlung wie schriftliche Analysen, Seminare, Konferenzen und Vorträge, ohne zu überlegen, inwiefern die Methode den Bedürfnissen der jeweiligen Zielgruppe entspricht. Notwendig wäre also eine Abfrage der Erwartungen der jeweiligen Abnehmer und die Entwicklung entsprechender Methoden und Kommunikationsstrategien.

Abschließend bleibt zu unterstreichen, dass die wichtigste Voraussetzung für die weitere Entwicklung der Beratungslandschaft der Dialog zwischen den Entscheidungsträgern und der Wissenschaft ist. Im Rahmen der Vorbereitungen für die polnische EU-Ratspräsidentschaft sind zwar Vorzeichen des Zusammenkommens der beiden Gruppen zu beobachten, aber der Prozess sollte intensiviert werden und in allen Feldern der Außenpolitik stattfinden.

Über die Autorin

Dr. Monika Sus arbeitet am Willy Brandt Zentrum für Deutschland- und Europastudien an der Universität Breslau. Sie hat im Juni 2009 ihre Doktorarbeit »Beratung in der Außenpolitik von Deutschland und Polen. Zwischen Wissenschaft und Politik« verteidigt. Ein weiterer Forschungsschwerpunkt sind die Vorbereitungen für die polnische EU-Ratspräsidentschaft mit Blick auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union.

Tabellen und Grafiken

Informationen und Statistiken zu polnischen Think Tanks

Außenpolitische Think Tanks und Forschungsinstitute, die staatlich finanziert werden (Stand: Oktober 2009)

	Name	Ort	Gründungsjahr
1.	Westinstitut (Instytut Zachodni)	Posen	1947
2.	Zentrum für Oststudien (Ośrodek Studiów Wschodnich)	Warschau	1990
3.	Ostmitteleuropa-Institut (Instytut Europy Środkowo-Wschodniej)	Lublin	1991
4.	Europäisches Zentrum Natolin (Centrum Europejskie Natolin)	Natolin bei Warschau	1993
5.	Polnisches Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych)	Warschau	1996 (1947)

Quelle: Darstellung der Autorin anhand der Internetseiten der jeweiligen Institute

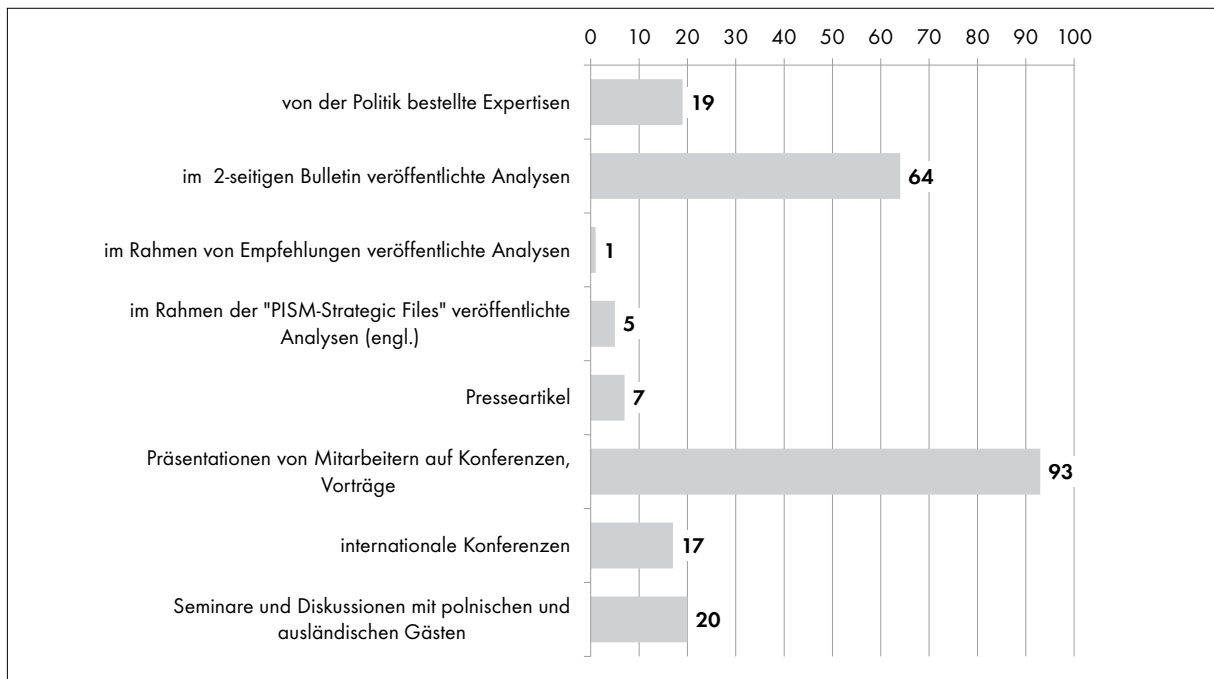


**Außenpolitische Think Tanks und Stiftungen, die privat finanziert werden
(Stand: Oktober 2009)**

	Name	Ort	Gründungsjahr
1.	Stefan Batory Stiftung (Fundacja Stefana Batorego)	Warschau	1988
2.	Robert Schuman Stiftung (Fundacja Roberta Schumana)	Warschau	1991
3.	Zentrum des politischen Denkens (Ośrodek Myśli Politycznej)	Krakau	1992
4.	Institut für Strategische Studien (Instytut Studiów Strategicznych)	Krakau	1993
5.	Euroatlantische Gesellschaft (Stowarzyszenie Euro-Atlantyckie)	Warschau	1994
6.	Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych)	Warschau	1995
7.	Zentrum für Internationale Beziehungen (Centrum Studiów Międzynarodowych)	Warschau	1998
8.	Stiftung Bürgerklub (Fundacja Klub Obywatelski)	Warschau	1998
9.	Deutschland- und Nordeuropa-Institut (Instytut Niemiec i Europy Północnej)	Stettin	1999
10.	Institut für die Erforschung der Internationalen Beziehungen (Instytut Badań nad Stosunkami Międzynarodowymi)	Warschau	1999
11.	Sobieski Institut (Instytut Sobieskiego)	Warschau	2004
12.	Kazimierz Pułaski Stiftung (Fundacja Kazimierza Pułaskiego)	Warschau	2005
13.	demosEUROPA – Zentrum für Europäische Strategie (demosEUROPA – Centrum Strategii Europejskiej)	Warschau	2006

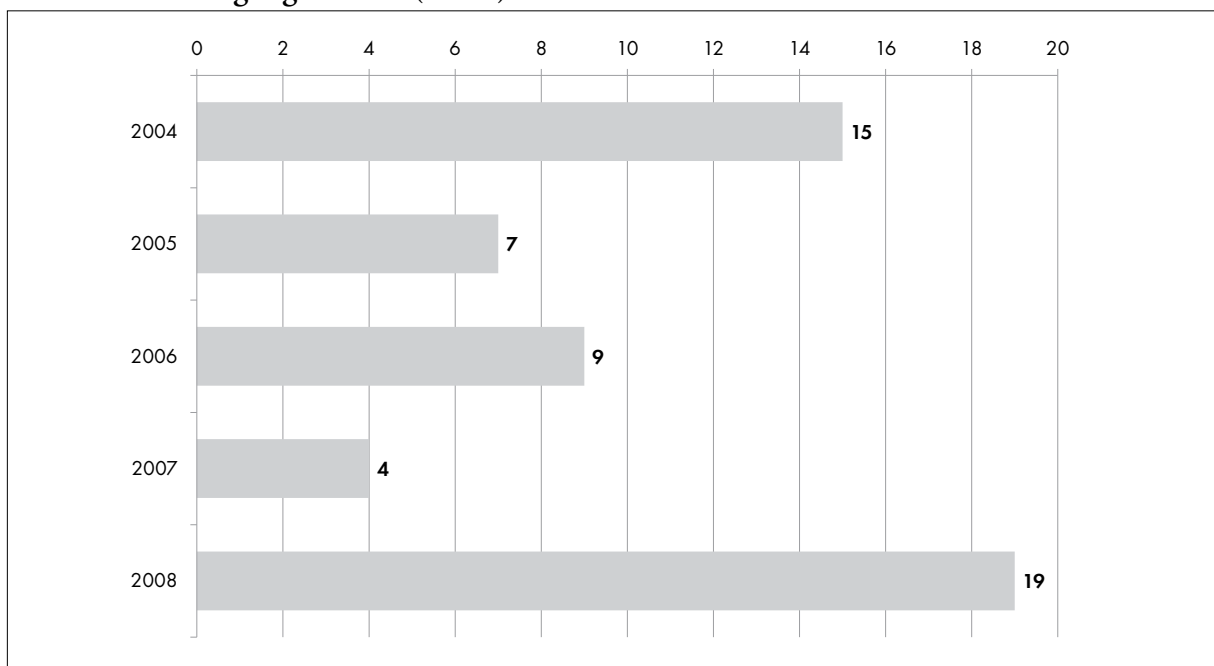
Quelle: Darstellung der Autorin anhand der Internetseiten der jeweiligen Institute

Beratungsmethoden des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) (2008)



Quelle: Darstellung der Autorin anhand des Tätigkeitsberichts des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) für 2008, Warszawa 2009

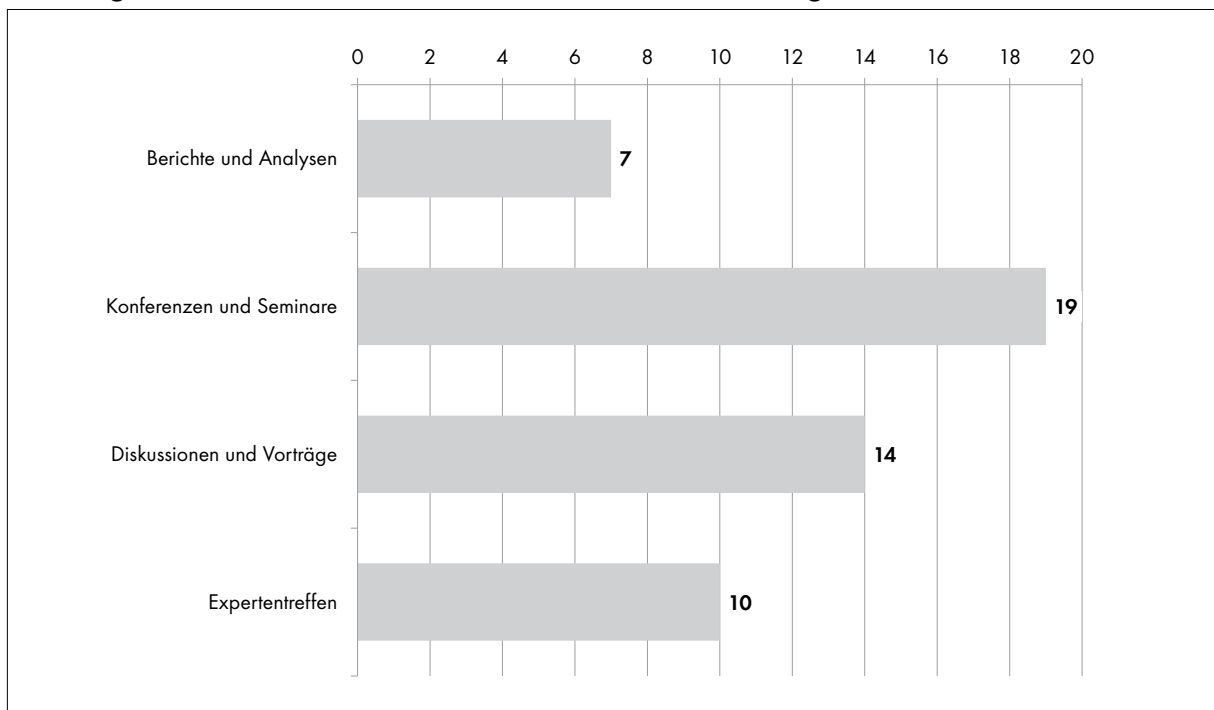
Anzahl der von den Entscheidungsträgern bestellten Expertisen beim Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM) von 2004 bis 2008



Quelle: Darstellung der Autorin anhand von Informationen der Internetseite <http://www.pism.pl/ekspertyzy.php> sowie des Tätigkeitsberichts des Polnischen Instituts für Internationale Angelegenheiten (PISM) für 2008, Warszawa 2009



Beratungsmethoden des Zentrums für Internationale Beziehungen (CSM) (2008)



Quelle: Darstellung der Autorin anhand des Tätigkeitsberichts des Zentrums für Internationale Beziehungen (CSM) für 2008, Warszawa 2009

Chronik

Vom 20. Oktober bis zum 02. November 2009

20.10.2009	Nach Anträgen der Fraktionen von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) und der Demokratischen Linksalianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) reicht die Regierungspartei Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Sejm einen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission ein, die sich der sogenannten Glücksspielaffäre, d. h. dem Kontakt von Politikern zu Vertretern der Glücksspielbranche im Zusammenhang mit der Änderung des Glücksspielgesetzes, widmen soll. Die Einsetzung einer Untersuchungskommission gilt als unstrittig, Meinungsverschiedenheiten zwischen den Fraktionen bestehen jedoch bei dem anzuberaumenden Untersuchungszeitraum.
21.10.2009	Ministerpräsident Donald Tusk und Staatspräsident Lech Kaczyński zeigen sich zufrieden über die Gespräche mit US-Vizepräsident Joe Biden in Warschau über das geplante neue US-amerikanische Raketenabwehrsystem in Europa, das die Einrichtung eines Netzes mobiler Raketen vorsieht. Tusk hebt hervor, dass die USA Polen als Partner ansehen, von dem sie Engagement und Mitverantwortung erwarten; Polen sei bereit, sich diesen Erwartungen zu stellen. Kaczyński betont, das wichtigste sei, dass dabei von Biden die innere Sicherheit Polens bestätigt worden sei, was hinsichtlich der geopolitischen Lage Polens von besonderer Bedeutung sei.
21.10.2009	Im Zuge von Umstrukturierungen in der Fraktion wählt die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) acht neue stellvertretende Vorsitzende: Rafał Grupiński, Sławomir Nowak, Janusz Palikot, Mirosław Sekuła, Waldy Dzikowski, Ireneusz Raś, Sławomir Rybicki und Grzegorz Dolniak. Der Fraktionsvorsitzende Grzegorz Schetyna kündigt die Einsetzung einer Arbeitsgruppe an, die einen Ethik-Kodex für die PO erarbeiten soll.

23.10.2009	Nach der aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS OBOP würde die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) bei Parlamentswahlen 49 % der Stimmen erhalten – was ein Plus von drei Prozentpunkten gegenüber Anfang September ist – und Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) 31 % (+ 1 Prozentpunkt). Die Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) würde um drei Prozentpunkte auf 14 % fallen. Der Regierungskoalitionspartner Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) würde mit 4 % (+ 1 Prozentpunkt) nicht in den Sejm einziehen.
24.10.2009	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, kündigt die Bildung der »Gruppe Staatsarbeit« an, in deren Sektionen Außenpolitik, Verteidigung, Bildung, Medien und Kultur, Soziales, Justiz und regionale Entwicklung Experten u. a. Gesetzesvorhaben und eine künftige Regierungsarbeit vorbereiten sollen.
26.10.2009	Der vor drei Wochen seines Amtes enthobene ehemalige Fraktionsvorsitzende der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Zbigniew Chlebowski, tritt aus der Fraktion und der Partei aus. Chlebowski werden Kontakte zur Glücksspielbranche im Zusammenhang mit der Änderung des Glücksspielgesetzes vorgeworfen.
27.10.2009	Nach Schätzungen des Instituts für Marktwirtschaft (Instytut Badań nad Gospodarką Rynkową – IBnGR) wird das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im III. Quartal 2009 auf 1,8 % steigen. Damit steigt es im Vergleich zum II. Quartal um 0,4 %. Für das IV. Quartal prognostiziert das IBnGR einen Anstieg auf 2 %. Die Arbeitslosenquote werde Ende Dezember 2009 bei voraussichtlich 12,5 % liegen; für das kommende Jahr werde eine Stabilisierung der Arbeitslosenquote zwischen 12,5 % und 13 % erwartet.
28.10.2009	Die Regierung veröffentlicht eine Stellungnahme und Informationen über den sogenannten Antikorruptionsschirm, der den Sicherheitsdiensten als eines der wichtigsten Aufgabenfelder für 2009 übertragen worden sei. Dabei sollten die wichtigsten Privatisierungsprozesse und öffentlichen Ausschreibungen auf mögliche Korruption überprüft werden. Der von Ministerpräsident Donald Tusk vor zwei Wochen entlassene Leiter des Zentralen Antikorruptionsbüros (Centralne Biuro Antykorupcyjne – CBA), Mariusz Kamiński, hatte zunächst bestritten, dass es ein Regierungsdokument zum »Antikorruptionsschirm« gegeben habe.
29.10.2009	Ministerpräsident Donald Tusk teilt auf dem EU-Gipfel in Brüssel mit, dass sich die EU-Mitgliedsländer in der Diskussion um die Kostenverteilung einer Klimavereinbarung näher gekommen seien. Polen spricht sich dafür aus, dass im Kampf gegen den Klimawandel die Höhe der Abgaben vom Bruttoinlandsprodukt des betreffenden Landes abhängig gemacht werden solle und nicht von der Höhe seiner CO ₂ -Emissionen.
30.10.2009	Ministerpräsident Donald Tusk beurteilt den auf dem EU-Gipfel in Brüssel ausgehandelten Kompromiss zur Kostenverteilung bei der Klimavereinbarung als Erfolg für Polen. Wichtig sei, dass die EU vor dem Weltklimagipfel im Dezember in Kopenhagen nun mit einem starken Mandat ausgestattet worden sei. Dies bestehe darin, dass sich die Kostenverteilung im Rahmen der Klimavereinbarung an den bestehenden finanziellen Möglichkeiten des jeweiligen EU-Landes orientiere. Nach Tusk wäre es unakzeptabel gewesen, wenn die EU-Länder, die aufgrund ihres wirtschaftlichen Transformationsprozesses bereits eine größere Last bei der Reduzierung der CO ₂ -Emissionen zu tragen hätten, auch noch mit höheren Kosten für den Klimaschutz belastet worden wären.
31.10.2009	Nach einem Treffen mit seinem am 28.10. in sein Amt eingeführten Kollegen Guido Westerwelle in Warschau bezeichnet Außenminister Radosław Sikorski die derzeitigen deutsch-polnischen Beziehungen als die besten in der gemeinsamen Geschichte. Es bestehe eine reife Partnerschaft zwischen beiden Ländern. Westerwelle zeigt sich überzeugt, dass die Freundschaft zwischen Deutschland und Polen nicht nur beiden Ländern, sondern auch Europa diene. Er plädiert für eine Stärkung der Zusammenarbeit im »Weimarer Dreieck«. Polen ist das erste Land, dem Westerwelle einen Antrittsbesuch abstattet.
02.11.2009	Außenminister Radosław Sikorski beginnt seinen dreitägigen Besuch in Washington, der u. a. Gespräche mit Außenministerin Hillary Clinton und Jim Jones, dem Sicherheitsberater des Präsidenten, vorsieht. Thematisiert werden soll dabei auch der neue amerikanische Vorschlag zur Einbindung Polens in das Konzept des amerikanischen mobilen Raketenabwehrschildes, der in Europa bereitgestellt werden soll.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen